

Die Klimamacher

Ein Bericht über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Von Bruno Bandulet

Ich mag keine Hitze. Während ich dies schreibe, zeigt das Thermometer 30 Grad Celsius, und ich wäre lieber in Island. Ich wäre auch bereit, dafür zu zahlen, daß unsere Bundeskanzlerin einen etwaigen Klimawandel aufhalten und die Welt retten kann. Wenn die Erde verbrennt, wovor uns die *Bild-Zeitung* schon einmal gewarnt hat, muß schließlich etwas dagegen getan werden. Aber ich gehöre auch einer Generation an, die der Soziologe Helmut Schelsky die „skeptische“ nannte. Ich mißtraue grundsätzlich dem, was die Politiker sagen und dem, was die veröffentlichte Meinung verkündet. Es kann jederzeit falsch sein – und es war schon öfters völlig falsch.

Erinnern Sie sich noch an den Club of Rome und den Bestseller „Die Grenzen des Wachstums“? Das war eine Studie über die Zukunft der Weltwirtschaft, die 1972 herauskam. Auftraggeber war der Club of Rome, verkauft wurden über 30 Millionen Exemplare in 30 Sprachen. Das Buch schlug ein wie eine Bombe. Es wurde zum Katechismus einer neuen Umweltbewegung. Immerhin handelte es sich beim Gründer des Club of Rome, der sich übrigens nicht in Rom, sondern in London konstituierte, um keinen geringeren als Aurelio Peccei, den Vorstand von Olivetti und Fiat (und Vorsitzenden des Komitees für Atlantische Kooperation, was in diesem Zusammenhang nicht unwichtig ist). Die Studie war unter Leitung von Dennis Meadows am renommierten Massachusetts

Institute of Technology entstanden. Solche Leute können sich nicht irren, dachte man. Solche Leute mußte man absolut ernst nehmen.

Und doch war die Publikation „Die Grenzen des Wachstums“ nichts anderes als „unverantwortlicher Unfug“, wie der Yale-Professor Henry C. Wallich schon am 13. März 1972 in einem Artikel für das US-Magazin *Newsweek* erkannte. Wenn Meadows und seine Kollegen Recht gehabt hätten, wären die wichtigsten Rohstoffreserven schon längst erschöpft. Gold sollte laut Meadows nur noch bis 1979 reichen, Silber bis 1983, Öl bis 1990 und Erdgas bis 1992. Jeder Geologe mit ein bißchen Erfahrung, jeder Unternehmer aus der Rohstoffbranche hätte dem Club of Rome sagen können, daß das alles grausam falsch war.

Nachher stellte sich heraus, daß die alarmierenden Prognosen auf bloßen Computersimulationen beruhten. Und die Autoren selbst rechtfertigten sich schließlich damit, sie hätten gar nichts vorhergesagt, sondern nur Szenarien entwickelt. Tatsächlich ist ein Szenario keine Prognose, sondern eine Gedankenübung, auch wenn sie im Gewand einer Prognose daherkommt und als solche verstanden wird. Wie wir sehen werden, liegen die Dinge bei den Veröffentlichungen des sogenannten Weltklimarates, die nicht nur die *Bild-Zeitung* aufgeschreckt haben, ähnlich: wieder handelt es sich um Computermodelle, wieder werden die Grenzen zwischen Prognose und Szenario verwischt.

Für die schier unglaublichen methodischen Mängel in den „Grenzen des Wachstums“ gibt es

nur eine Erklärung: Die Hintermänner der Kampagne verfolgten politische Ziele. Denn, so behaupteten die Autoren, die Katastrophe könne nur abgewendet werden, wenn das Wachstum der Weltbevölkerung gestoppt und die Industrieproduktion auf dem Stand von 1975 eingefroren werde. Nur so sei ein „Zustand weltweiten Gleichgewichtes“ zu erreichen. Das war nichts anderes als das Programm einer globalen Planwirtschaft, die logischerweise identisch sein muß mit einer Machtkonzentration in wenigen Händen. Ausgeblendet wurde die unausrottbare Fähigkeit des Menschen, Neues zu entdecken, Altes zu verbessern und selbst die größten Herausforderungen zu meistern. Ausgeblendet wurde schon damals der freie Markt. „Der Ökologismus ist der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, sagte der tschechische Präsident Vaclav Klaus.

Das Erstaunliche ist nun, daß Meadows und seine Mitstreiter dadurch, daß ihre 1972 veröffentlichte Studie wertlos und irreführend war, nicht etwa diskreditiert wurden. Sie aktualisierten einfach ihre Simulationen und machten wie gewohnt weiter. 1992 veröffentlichten sie „Die neuen Grenzen des Wachstums“ und 2004 ein *30-Year-Update*. Neuerdings soll der weltweite Kollaps im Jahr 2030 stattfinden oder auch spätestens bis 2100. Und wenn überhaupt, wäre dieser Zusammenbruch nur zu verhindern durch Bevölkerungskontrolle, Reduktion des Schadstoffausstoßes und durch politische Maßnahmen, die notwendigerweise auf eine Zwangswirtschaft hinauslaufen würden.

Wie man sieht, haben wir es hier nicht mehr mit Naturschutz zu tun, sondern mit einer Ideologie und Ersatzreligion, die sich durch den Hinweis auf Realitäten nicht im geringsten beirren läßt. Z.B. durch den Hinweis darauf, daß in Afrika große landwirtschaftliche Flächen brach liegen und daß sich der Kontinent leicht selbst ernähren könnte, wenn die schwarzen Eliten nicht korrupt und inkompetent wären. Oder z.B. durch die Tatsache, daß immer wieder neue Rohstoffvorkommen entdeckt werden – ich könnte genug Goldminengesellschaften aufzählen, deren Reserven seit Jahrzehnten immer nur für zehn bis 20 Jahre oder noch kürzer reichen und die immer noch im Geschäft sind. Und für den Fall, daß das Öl irgendwann ausgeht, arbeitet die Industrie schon längst an einem Ersatz für den Benzin- und den Dieselmotor. Dazu braucht es kein Regierungsdiktat. Weder das

Rad noch das Penicillin und eigentlich nichts wurde jemals von Politikern erfunden.

Nach den Grenzen des Wachstums, der neuen Eiszeit, die noch in den 70er Jahren an die Wand gemalt wurde, dem Ozonloch und dem Waldsterben nun also die Klimakatastrophe, die seit spätestens zwei Jahren die Schlagzeilen beherrscht. Auch wenn die Argumentation sich ähnelte, dachte ich mir doch, daß diesmal etwas dran sein könnte. Dafür sprach auf den ersten Blick auch eine sechsstufige Sonderveröffentlichung im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen* vom 2. März 2007, einer Zeitung also, die normalerweise nicht vorschnell urteilt und gründlich recherchiert. „Ein Umbruch von epochaler Dimension“, hieß es dort. „Das Gesicht des Planeten“, ließ Frank Schirrmacher seine Leser wissen, „könnte nicht nur verändert, sondern geradezu entstellt werden, wenn es uns nicht gelingt, den Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen“. Warum eigentlich genau auf zwei Grad? Andere Schlagzeile auf derselben Seite: „In Europa wird es das große Zittern geben.“

Als ich in der *FAZ* lesen mußte, wie heiß es wird, wie Deutschland austrocknet und woher wir das Wasser nehmen sollen und wohin mit den Treibhausgasen, da fing ich schon einmal an zu zittern – bis mir dann auffiel, daß all die schrecken-erregenden Texte fast ausschließlich von Mitarbeitern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung stammten. Da das Institut von Steuergeldern lebt und da dessen Direktor Hans Joachim Schellnhuber Angela Merkel berät („Die Unterstützung durch die Kanzlerin ist groß“, verriet er der *FAZ*) und da er sein Institut laut *FAZ* als „führenden Ratgeber für Politik und Wirtschaft“ aufgebaut und profiliert hat, müssen die vom Institut vertretenen Meinungen logischerweise identisch sein mit denen der Bundesregierung.

Würde Schellnhuber die Klimakatastrophe leugnen, könnte er zumachen. Wie würde er sich dann finanzieren? Somit hat Schirrmacher als Mitherausgeber der *FAZ* de facto eine sechsstufige, unbezahlte PR-Anzeige der Bundesregierung veröffentlicht. Er hätte als Quelle genauso gut das Kanzleramt angeben können. Eine merkwürdige journalistische Praxis, wenn man bedenkt, daß es nicht Aufgabe eines Journalisten sein kann, offizielle Darstellungen einfach zu übernehmen. Hier machte sich die *FAZ* nicht anders als die *Bild-*

Zeitung und als fast alle Medien zum Sprachrohr der EU und der Bundesregierung. (Fairerweise muß hinzugefügt werden, daß später im Wirtschaftsteil der Zeitung auch ausgewogene Berichte zum Thema erschienen.)

Unsere Recherchen beginnen mit der Frage, was CO₂ eigentlich ist und was es bewirkt und was mit dem Begriff „Klima“ genau gemeint ist und wie es sich im Verlauf der Zeit geändert hat. Anschließend werden wir untersuchen, wie die Regierungen und die von ihnen beauftragten Wissenschaftler Klima und CO₂ gedanklich gekoppelt haben (was ja nicht selbstverständlich ist und worauf man erst einmal kommen mußte). Untersucht wird auch, mit welchen Mitteln die neue Klimapolitik durchgesetzt wurde, welche offenen und verdeckten Ziele sie verfolgt und welche Kosten sie verursacht.

Die Hayek-Tagung in Freiburg

Endgültig sensibilisiert wurde ich für das Thema durch eine sehr informative Tagung der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft am 26. und 27. Juni 2008 in Freiburg im Breisgau, wo es übrigens erwartungsgemäß schwül war.

Der Umweltautor Michael Miersch beklagte in Freiburg, daß Ideologen die Meinungsführerschaft im Umweltschutz übernommen hätten und daß Klimaschutz heute zum Synonym für Umweltschutz geworden sei. Die Überfischung der Meere und die Zerstörung der Tropenwälder (dies auch zur Erzeugung von Treibstoff) nannte er wichtigere Probleme. Die in Deutschland installierten Windräder hätten kein einziges konventionelles Kraftwerk überflüssig gemacht. „Man muß sich einmal den Aufschrei vorstellen, wenn durch ein Atomkraftwerk Greifvögel geschreddert würden“.

Der Fernsehautor Günter Ederer sprach von der Rückkehr des Biedermeier, von einer Hochzeit zwischen Schwarz und Grün, wodurch die Klimapolitik der CDU zu einem guten Teil erklärt wird, von dem seltsamen Handel mit Verschmutzungsrechten und den enormen Kosten, die dem Verbraucher und Steuerzahler aufgebürdet werden. Ederer erzählte auch von einer Grafik, die den wirklichen Zusammenhang zwischen Temperatur und CO₂ seit dem Jahr 1800 zeigt und deren Ausstrahlung im Fernsehen auf Anweisung von oben verhindert wurde. Der Preis für ein Faß Rohöl

müsse auf 1800 Dollar steigen, damit Solarstrom ohne Subventionen konkurrenzfähig wird.

Der Münchener Zoologe Professor Josef Reichholf räumte mit der Legende auf, daß Stürme und Überschwemmungen zugenommen hätten und Beweise für einen Klimawandel seien. „Das letzte ganz große Hochwasser in Deutschland hat sich 1899 ereignet. Die Naturkatastrophen waren früher schlimmer, vor allem in den Kälteperioden.“ Trotz eines extrem heißen Sommers 2003 habe es in Süddeutschland seit 1780 keine spürbare Zunahme der Sonnenwärme gegeben. „Zuverlässige Klimaprognosen sind noch nicht möglich“, sagte Professor Reichholf. 2020 würden weniger als 2% des globalen Energieverbrauchs auf Deutschland entfallen – ein „statistisch bedeutungsloser Anteil“. Reichholf: „Deutschland könnte aufhören zu existieren, und das Weltklima würde es nicht merken.“ Und dann sein Verdacht, daß die Klimapolitiker heimlich eine Weltregierung anstreben – und die sei identisch mit einer Weltdiktatur.

Ebenso wie Professor Reichholf war Edgar L. Gärtner, ein weiterer Referent auf der Hayek-Tagung in Freiburg, früher in einer führenden Position bei einer großen Naturschutzorganisation tätig. Gärtner durchleuchtete das Geschäft mit der angeblichen Klimakatastrophe, schätzte die Kosten der klimapolitischen Beschlüsse der EU auf eine vierstellige Milliardenzahl und nannte es eine Dummheit, etwas voranzutreiben, das mehr kostet als es einbringt. Gärtner hätte gleich auch noch vorrechnen können, mit welcher Raffinesse die deutsche Obrigkeit den Bürgern das Geld aus der Tasche zieht. Im Juli 2008 meldete der Bund der Steuerzahler, daß 67% des Benzinpreises, den wir an der Tankstelle bezahlen, auf Steuern und staatliche Abgaben entfallen. Ebenfalls im Juli verschickten die Stadtwerke Bad Kissingen eine Broschüre an ihre Kunden, aus der hervorgeht, daß im Strompreis 40% Steuern und Abgaben enthalten sind. Wir haben uns längst daran gewöhnt, wir nehmen es widerstandslos hin. Benzin und Strom sind aber Güter des täglichen Bedarfes. Wie groß wäre wohl der Unmut, wenn der Bundestag in einem Zug Benzin mit einer Mehrwertsteuer von 67% und Strom mit einer solchen von 40% belegen würde? Statt dessen wird die Abzocke verschleiert und mit einem edlen Zweck begründet. Dagegen nimmt sich die zu Kaisers Zeiten eingeführte

Sektsteuer, die den Aufbau der Kriegsmarine mitfinanzieren sollte, geradezu bescheiden aus.

Daß die Preise für Energie, vor allem für Kraftstoff und Strom, in Deutschland und der EU seit Jahren mit kalter Absicht über den Marktpreis hinaus erhöht werden, ist eine rein politische Entscheidung. Und diese wiederum basiert auf bestimmten Behauptungen über den Anstieg der CO₂-Konzentration in der Luft und über den Trend der globalen Temperaturen sowie auf der Fiktion, das erste sei die Ursache für das zweite. Weil die Weltbevölkerung immer mehr Kohlendioxid freisetze, müßten die Temperaturen immer weiter steigen. Der Mensch, so heißt es, sei schuld am Klimawandel. Wie sehen die Fakten aus?

Fakten zu CO₂ und Klima

Kohlendioxid (oder auch: Kohlenstoffdioxid) ist ein farbloses, nicht brennbares Gas, dessen Dichte etwa 1,5mal so groß ist wie die der Luft. Es sinkt zu Boden, daher die Erstickungsgefahr in Gärkellern. (8% Kohlendioxid in der Atemluft sind tödlich.) CO₂ ist Endprodukt der Verbrennung von Kohlenstoff und allen organischen Substanzen, z.B. von Ölprodukten, Kohle, Erdgas und Holz. Trockene Luft enthält Kohlendioxid in einer Menge von 380 ppm (parts per million). Das sind 0,038%.

Ob Kohlendioxid, ein Spurengas, überhaupt als Treibhausgas bezeichnet werden kann, wird von manchen Experten (so von Wolfgang Thüne) bestritten. Bekanntlich gäbe es ohne CO₂ keine Pflanzen und ohne Pflanzen keine Tiere und keine Menschen auf der Erde. „Kohlendioxid ist lebensnotwendig für praktisch alle Lebewesen“, schrieb der Brockhaus in seiner Ausgabe von 1990. Das klingt etwas anders als die heute übliche Verteufelung von CO₂ als „Klimakiller“.

Thüne, ein aus dem ZDF bekannter Meteorologe, hält es für physikalisch unmöglich, daß Kohlendioxid einen Treibhauseffekt bewirkt. Es würde zu weit führen, seine Argumentation hier zu wiederholen (siehe dazu: Wolfgang Thüne, Freispruch - für CO₂!, edition steinherz, Wiesbaden 2002). Ob er Recht hat, kann man als Laie schwer beurteilen. Jedenfalls läßt sich die Erde nur schwer als Treibhaus vorstellen, weil ein Treibhaus ein geschlossener Raum ist, die Erde aber nicht. Tagsüber erwärmt die Sonne Land und Meer, und die erwärmte Luft steigt auf. Daß eine Wolkendecke,

die aus Wasserdampf besteht, die Abkühlung behindert, ist ebenfalls bekannt. Beim Wasserdampf kann man tatsächlich von einem Treibhauseffekt sprechen: er macht 95% aller sogenannten Treibhausgase aus, Kohlendioxid (umgerechnet auf den Wirkanteil) aber nur 3,618%. Davon wiederum sind 3,502% natürlichen und nur 0,117% anthropogenen Ursprungs, d.h. vom Menschen verursacht.

Noch einmal: 95% der sogenannten Treibhausgase, nämlich der Wasserdampf, sind durch den Menschen und durch politische Maßnahmen ohnehin nicht zu beeinflussen. Und nur 0,117% der gesamten Treibhausgase entfallen auf das durch den Menschen freigesetzte Kohlendioxid. Wie eigentlich soll die Reduktion dieser 0,117% um 20% (eine von der Politik beschlossene Reduktion), das Klima ändern oder abkühlen können? Allein die Vorstellung kollidiert mit dem gesunden Menschenverstand. Selbst wenn wir Methan und andere weniger wichtige Gase hinzurechnen, sind nur 0,278% des Treibhauseffektes menschlichen oder tierischen Ursprungs. Für den Rest ist die Natur verantwortlich.

Das bedeutet, daß wir 99,723% der Treibhausgase beim besten Willen nicht beeinflussen können, selbst wenn wir die Weltwirtschaft zum Stillstand bringen und den Benzinpreis auf 5 Mark je Liter (eine alte Forderung der Grünen) verteuern. Wenn die Politiker so tun, als könnten sie Klima machen, muß es sich um Allmachtshantasien handeln. Oder aber, die Hysterie um CO₂ wird nur vorgeschoben, um andere, sinistre Ziele zu verfolgen. Dazu später mehr.

Verwirrt es Denken auch dort, wo es um Temperatur und Klima geht. Unter Klima versteht man das Wetter im 30-Jahre-Durchschnitt. „Das Klima“, so steht es im Brockhaus, „ist eine Folge der physikalischen Vorgänge, die in der Atmosphäre durch die Bestrahlung der Erde durch die Sonne in Gang gesetzt werden.“ Nicht durch das Kohlendioxid, sondern durch die Sonne! Es gibt trockenere und feuchtere, wärmere und kältere Klimazonen. Ein Weltklima existiert nicht. Auch die von den Politikern ständig angeführte durchschnittliche Globaltemperatur, eine ziemlich neue Erfindung, ist eine künstliche Konstruktion. Sie hat in etwa soviel Sinn wie die durchschnittliche Telefonnummer von Berlin, um die im Literaturanhang aufgeführte Publikation von Argus zu

zitieren. Für die Einschätzung des Klimas in einem konkreten Land wie Deutschland ist sie nahezu wertlos. Man kann die Globaltemperatur aber heranziehen, um langfristige Trends vergleichen zu können.

Allgemein akzeptiert ist, auch von den Kritikern der Klimahysterie, daß sich die Globaltemperatur seit dem Ende des 19. Jahrhunderts um 0,6 Grad Celsius erhöht hat, bzw. um 0,4 bis 0,8 Grad, so die Spanne der Schätzungen. Na und? Das liegt vollständig im Bereich der historischen Klimaschwankungen. Die Idee, das Klima und die sogenannten Ökosysteme befänden sich in einem Gleichgewicht, das immer nur vom Menschen gestört wird, und der Mensch müsse den vorherigen stabilen Zustand wiederherstellen, ist absurd.

Zum ersten Mal kamen mir ernsthafte Zweifel an den gängigen Klimatheorien auf einer Wanderung durch die Rhön. Dort kann man in der Nähe der Hochrhönstraße ein altes Bergwerk besichtigen. Auf einer Schautafel ist zu lesen, daß in der Rhön im Mittelalter Feigenbäume wuchsen – in einem Mittelgebirge, in dem sich heute nicht einmal der Anbau von Kartoffeln wirklich lohnt. Das Klima muß also im Mittelalter in Deutschland viel wärmer gewesen sein als heute. Als früherer Geschichtstudent an der Universität Würzburg kann ich mich an keine Quelle erinnern, in der das damalige Klima beklagt worden wäre. Noch mißtrauischer machte mich am 23. April 2008 ein Gespräch, das ich in Berlin auf einem Empfang der Bertelsmann-Stiftung führte. Neben mir stand ein Umweltwissenschaftler der Humboldt-Universität. Um ihn aus der Reserve zu locken, sagte ich: „Glauben Sie eigentlich auch an den Klimaschwindel?“ Er antwortete: „Natürlich nicht, daran glaubt nicht einmal Hermann Scheer, der Umweltpolitiker der SPD.“

Die letzten 10 000 Jahre

Das Klima ändert sich mit der Zeit, aber es ist nicht prognostizierbar. Wir wissen nur, daß die Änderungen in größeren und kleineren Zyklen verlaufen. Die Meteorologen können ja nicht einmal das Wetter für einen Zeitraum halbwegs zuverlässig vorhersagen, der über eine Woche hinausgeht. Ein Überblick über Klima- und Temperaturschwankungen der letzten 10 000 Jahre:

■ Mit dem Ende der Eiszeit vor mehr als 10 000 Jahren begann die Nacheiszeit bzw. Zwischeneis-

zeit (Holozän), die immer noch andauert. Seitdem wechselt das Klima zwischen langen Wärme-phasen, die als Klimaoptimum bezeichnet werden und langen Kältephasen, die Klimapessimum genannt werden. Für das 19. und 20. Jahrhundert lassen sich Klimatrends identifizieren, die kürzer sind und nur einige Jahrzehnte dauern – zuletzt der Anstieg der Globaltemperatur von 1970 bzw. 1976 bis zur Jahrtausendwende. Ob sich daraus im Laufe dieses Jahrhunderts ein Klimaoptimum ähnlich dem des Hochmittelalters entwickelt, ist völlig offen.

■ Und wie verhält es sich mit dem Meeresspiegel? Vor etwa 12 000 Jahren lag er noch um 120 Meter tiefer als heute. Seit dem Ende der kleinen Eiszeit um 1850 stieg er global (aber nicht überall) um etwa zwei Millimeter pro Jahr, im 20. Jahrhundert um durchschnittlich 1,74 Millimeter im Jahr. Und zwar unabhängig davon, ob die Temperaturen gerade stiegen oder abnahmen. Seit dem Ende der kleinen Eiszeit schmelzen die Gletscher in den Alpen. Im Kaukasus sind sie immer noch stabil, in Mittelgrönland und auf der Antarktis wachsen die Eismassen. Ein Beispiel dafür, wie manche Klimahysteriker arbeiten, findet sich in der im Literaturverzeichnis aufgeführten Broschüre „Die Klimakatastrophe – was ist dran?“. Als schwedische Wissenschaftler Untersuchungen auf den Malediven anstellten und herausfanden, daß sich der dortige Meeresspiegel seit hundert Jahren überhaupt nicht verändert hatte, beseitigten australische Umweltaktivisten eines der Beweismittel: sie fällten einen alten Baum, der direkt am Strand stand und die konstante Meereshöhe dokumentierte. Und was ist von der Behauptung von Al Gore zu halten, die pazifische Insel Tuvalu versinke im Meer? Als australische Wissenschaftler auf zwölf pazifischen Inseln einschließlich Tuvalu der Sache auf den Grund gingen, fanden sie heraus, daß der Meeresspiegel seit 16 Jahren gleichgeblieben war.

■ Lange zurückliegende Klimaschwankungen lassen sich selbstverständlich nicht mit Temperaturmessungen belegen, sondern nur mit Chroniken der Zeitzeugen und mit Indizien wie Vegetation und Eisbildung. Im Altertum und Mittelalter gingen die Klimaoptima einher mit reichen Ernten und politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Fortschritt. Im Klimaoptimum der Römerzeit (300 v.Chr. bis 400 n.Chr.) war Nordafrika die Kornkammer des Reiches. Im Klimaoptimum des

Hochmittelalters (etwa zwischen 900 und 1200) wurden Island und Grönland (Grünland) besiedelt.

■ Darauf folgte eine kleine Eiszeit, die bis etwa 1850 dauerte. Manchmal auch wird das gesamte 19. Jahrhundert dieser kleinen Eiszeit zugerechnet. Professor Reichholf erwähnt in seiner „Naturgeschichte des letzten Jahrtausends“, daß in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Themse in London regelmäßig zufror, daß es zwar schon Ende des 18. Jahrhunderts in Mitteleuropa häufiger heiße Sommer gegeben hatte, jedoch keine richtig heißen mehr von 1859 bis 1910. Der Sommer von 1913 war sogar der kälteste seit 1818 und 1816. Wie man sieht, lassen sich Klimaphasen nie auf das Jahr genau abgrenzen, nicht einmal auf ein Jahrzehnt genau. Es kommt immer wieder zu untypisch heißen Sommern oder untypisch kalten Wintern.

■ Gemessen an den Durchschnittswerten wurde es im 20. Jahrhundert im nordatlantischen Raum bis etwa 1940 wärmer, dann bis 1970 kälter – und seitdem wieder wärmer. Dennoch fielen die wärmsten Sommer des vergangenen Jahrhunderts auf den kurzen Zeitabschnitt von 1947 bis 1952. Reichholf weist darauf hin, daß bezogen auf die Sommermittel von 1780 bis 2000 kein echter Trend zustande kam, daß aber die Jahresmittel im Zeitraum 1780 bis 1880 in der Tendenz klar zurückgingen und dann im Jahrhundert danach um den gleichen Betrag wieder anstiegen. Kompliziert? Durchaus, denn reale Daten lassen sich im Gegensatz zu Computersimulationen der Klimapolitiker eben schwer in ein simples Schema pressen. Extrem kalt waren z.B. der Winter 1962/63 und der von 1941/42, als die Wehrmacht ohne geeignete Winterausrüstung vor Moskau steckenblieb und ebenso am russischen Winter scheiterte wie 1812 Napoleons Große Armee, die übrigens zu einem Drittel aus Deutschen rekrutiert war und fast ganz durch den brutalen Frost dezimiert wurde, kaum durch feindliche Angriffe. Fazit: Auch im 19. und 20. Jahrhundert haben sich kältere und wärmere Perioden abgewechselt. Unabhängig von der Industrialisierung! Seit den 70er Jahren geht der meteorologische Trend wieder aufwärts. Und zwar bis zur Jahrtausendwende. Seitdem ist der globale Temperaturanstieg (zeitgleich mit einem Rückgang der Sonnenfleckenaktivität!) zum Stillstand gekommen. Dank der NASA-Satelliten, die erstmals eine exakte Messung der Globaltemperatur ermöglichen, wissen wir, daß die jüngste Temperaturspitze auf

das Jahr 1998 fiel. Ob es künftig im Durchschnitt wieder wärmer wird, läßt auch Professor Reichholf offen.

Wie der IPCC manipuliert

Daß die Theorie von der kommenden Klimakatastrophe längst fest im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankert ist und zu einer Religion erhoben wurde, ist einer Einrichtung zu verdanken, die 1988 unter dem Dach der UNO gegründet wurde: dem Intergovernmental Panel on Climate Change, abgekürzt IPCC, übersetzt: Ausschuß der Regierungen zur Klimaänderung. Der erste große IPCC-Bericht erschien 1990, der vierte 2007. Im letzteren ist zu lesen, daß die Erderwärmung sich in den letzten Jahrzehnten erheblich beschleunigt habe, daß sie „sehr wahrscheinlich“ durch menschliches Handeln verursacht wurde, daß eine weitere Erwärmung nicht mehr zu verhindern sei, daß das Trinkwasser knapp werden könnte, daß in Europa mit mehr Hitzetoten, mehr Überschwemmungen und Waldbränden zu rechnen sei, daß weltweit 20 bis 30 Prozent der Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht seien, falls die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 bis 2,5 Grad ansteigt usw., usw.

Ernst genommen werden die Horrormeldungen, weil sie anscheinend von Wissenschaftlern stammen, die objektiv arbeiten. Tatsächlich aber sind die Experten, deren Arbeit in den IPCC-Berichten zusammengefaßt wird, meist Regierungsangestellte oder Empfänger von Steuergeldern. Medienwirksam sind nicht die langen Berichte als solche, die kaum jemand liest, sondern die „Zusammenfassungen für Politiker“, über die die Vertreter der Regierungen abstimmen – Zeile für Zeile. Wie aber kann von wissenschaftlicher Objektivität die Rede sein, wenn die publizierte Zusammenfassung der Forschungsergebnisse von der Politik genehmigt werden muß? Daß sich Wissenschaftler mit dieser Art von Kontrolle abfinden, ist schon erstaunlich.

Wie im IPCC gearbeitet und manipuliert wird, wissen wir ziemlich genau, seitdem der renommierte neuseeländische Wissenschaftler Dr. Vincent Gray aus dem Nähkästchen geplaudert hat. Seit dem ersten Bericht von 1990 fungierte er als Expertengutachter für den IPCC. Er hat seine Beobachtungen in einem Papier vom 11. Juli 2008 niedergelegt. „Es bestand niemals irgendeine Absicht“,

schreibt er, „eine ausgeglichene oder unvoreingenommene wissenschaftliche Abschätzung der Klimawissenschaft vorzulegen.“

Bereits in einer 1992 beschlossenen Rahmenkonvention wurde „Klimawandel“ in Artikel 1 als ein Wandel definiert, „der direkt oder indirekt auf menschliche Aktivität zurückgeht, welche die Zusammensetzung der globalen Atmosphäre verändert“. Der natürliche Klimawandel wurde damit ausgeblendet. Und diese Rahmenkonvention ist für die Regierungen, die sie unterzeichnet haben, bindend – und die einseitige, viel zu enge Definition des Klimawandels präjudiziert natürlich die Arbeit der Wissenschaftler. Es stand von vorneherein fest, nach welchen Beweisen sie zu suchen hatten. Zwar wurden später in einer Fußnote zum IPCC-Bericht von 1995 auch natürliche Phänomene erwähnt, aber sie gelten nur als „Schwankungen“. Verändert wird das Klima weiterhin angeblich nur durch Treibhausgase. Die Kommentare derjenigen Wissenschaftler, die die Treibhaus-Theorie bestritten, wurden in die IPCC-Berichte nicht aufgenommen. (Zu völlig anderen Ergebnissen bezüglich Klima und CO₂ kommt die Internationale Nichtregierungscommission zum Klimawandel [NIPCC], die erstmals im April 2007 in Wien tagte. Aber an den Erkenntnissen unabhängiger Wissenschaftler sind die Medien offenbar weniger interessiert. Zur NIPCC siehe die von S. Fred Singer herausgegebene Broschüre.)

Dr. Gray über die Arbeitsmethoden des IPCC: „Es werden durchgehend ‚natürliche‘ Klimateinflüsse nur berücksichtigt, um sie auszuschließen, ihre Bedeutung herunterzuspielen oder sogar, um sie als Treibhausgaseffekte zu vereinnahmen. Die ‚Zusammenfassung für Politiker‘ gibt es, weil die Regierungen, die den Bericht finanziert haben, ihn genehmigen und dadurch sicherstellen wollen, daß diese ihrer Klimawandel-Politik entspricht. Die ‚Zusammenfassung für Politiker‘ ist eigentlich eine ‚Zusammenfassung von Politikern‘... Die Kapitel jedes Berichtes sind so angeordnet, daß er die Vorstellung propagiert, zunehmende Treibhausgase würden den Klimawandel verursachen. Neueste Klimabeobachtungen werden entweder im Text versteckt oder geglättet, gefiltert, auf Linie gebracht, nur eingestreut und als Trendausreißer nicht berücksichtigt, um Trends zu finden, die in die vorgegebene Form passen.“ Weitere Auszüge aus dem Papier des Neuseeländers Vincent Gray:

■ „Seit dem Bericht von 1995 liefert der IPCC immer nur ‚Projektionen‘ und keine ‚Vorhersagen‘ mehr. Man gibt damit zu, daß die Modelle überhaupt nicht zu ‚Vorhersagen‘ taugen und daß alles nur ‚evaluiert‘, aber nicht ‚bestätigt‘ ist. Es kann überhaupt keine bevorzugten Modelle oder Szenarien geben, da man keine Kriterien für ihre Auswahl hat. Fast alle geäußerten ‚Überzeugungen‘ beruhen auf der Annahme, daß eine Korrelation eine Ursache-Wirkung-Beziehung impliziert (gemeint ist die Korrelation zwischen CO₂-Emmission und Klimatrend, BB). Dies widerspricht einem grundsätzlichen logischen Prinzip. Dies wird dadurch umgangen, daß man das Verfahren ‚Attribution‘ nennt.“

■ „Der Bericht von 1995 litt darunter, daß der ‚Zusammenfassung für Politiker‘ zugestimmt wurde, nachdem die Endfassung des Hauptberichtes vorgelegt worden war. Da die Schlußfolgerungen der Zusammenfassung des Hauptberichtes nicht mit der ‚Zusammenfassung‘ übereinstimmten, die die Regierungen genehmigt hatten, hatte einer der Wissenschaftler (Ben Santer) die undankbare Aufgabe, im Hauptbericht die Feststellungen so abzuändern, daß sie mit der ‚Zusammenfassung für Politiker‘ übereinstimmten.“

■ Darauf folgt im Papier von Gray ein minutiöser Vergleich der ursprünglichen Fassung des Hauptberichtes von 1995 mit den nachträglich vorgenommenen Änderungen (nachzulesen unter www.eike-klima-energie.eu). Beispielsweise wurde im Abschnitt 8.4.2.1 folgender Satz gestrichen: „Keine der oben zitierten Studien hat einen klaren Beweis erbracht, daß wir die beobachteten Änderungen der besonderen Ursache ‚Zunahme der Treibhausgase‘ zuschreiben können.“

■ In Kapitel 1 des IPCC-Berichtes „Klimawandel 2001“ war noch zu lesen: „Die Tatsache, daß die globale mittlere Temperatur seit Ende des 19. Jahrhunderts zugenommen hat und andere Trends beobachtet worden sind, heißt notwendigerweise nicht, daß anthropogene Auswirkungen auf das Klima festgestellt worden sind. Das Klima hat sich stets und zu allen Zeiten geändert, daher können die beobachteten Änderungen natürlicher Art sein.“ Im IPCC-Bericht von 2007, der so viel Furore machte, wurde dieser Passus eliminiert, das Kapitel wurde komplett umgeschrieben. Nicht nur das, die Existenz von Messungen der Kohlendioxid-Konzentra-

tion in der Atmosphäre aus der Zeit vor dem Jahr 1958 wurde auch noch unterschlagen. Diese Messungen wiesen nämlich Schwankungen auf, die nicht ins Konzept paßten. (Aus über 90 000 Messungen und 200 Berichten geht hervor, daß der Kohlendioxidanteil der Atmosphäre in den vergangenen 200 Jahren – unabhängig vom industriellen Fortschritt – schon mehrmals höher lag als heute: um das Jahr 1820 bei 440 ppm, um 1855 bei 390 ppm und um 1940 wieder – wie 1820 – bei 440 ppm, BB.)

■ Schließlich zieht Dr. Gray über seine Arbeit beim IPCC folgendes Resümee: „Ich begann die Arbeit im Vertrauen auf die wissenschaftliche Ethik – nämlich, daß Wissenschaftler Fragen ehrlich beantworten und ihre wissenschaftlichen Argumente ausschließlich auf Tatsachen, Logik und gültige wissenschaftliche und mathematische Prinzipien gründen. Gleich von Anfang an bereiteten mir die Verfahren des IPCC Schwierigkeiten. Eindringliche Fragen blieben oft ohne Antwort. Kommentare zu den IPCC-Entwürfen wurden ohne Erklärung zurückgewiesen, und Versuche, den Fragen nachzugehen, wurden uneingeschränkt abgewürgt. Im Laufe der Jahre habe ich mehr über die Daten und Verfahren des IPCC gelernt. Ich bin zunehmend auf Widerstand gestoßen, wenn ich Erklärungen anbieten wollte, bis ich schließlich zu dem Schluß gezwungen war, daß die Datenerfassung und wissenschaftliche Methoden, die der IPCC in beträchtlichen Teilen seiner Arbeit anwandte, fadenscheinig sind. Der Widerstand gegen alle Bemühungen, diese Probleme zu untersuchen und zu diskutieren oder zu korrigieren, hat mich nicht nur davon überzeugt, daß normale wissenschaftliche Verfahren von IPCC abgewiesen werden, sondern auch davon, daß diese Praktiken endemisch und vom ersten Anfang an Teil dieser Organisation waren. Ich gehe daher davon aus, daß der IPCC von Grund auf korrupt ist. Die einzige Reform, die ich mir vorstellen könnte, wäre seine Abschaffung.“

Plädoyer für den Naturschutz

An dieser Stelle müssen wir dem Eindruck entgegentreten, mit der Kritik am Ökologismus solle der Naturschutz abgewertet werden. Ganz im Gegenteil. Naturschutz ist, um Professor Reichholf zu zitieren, eine höchst ehrenwerte Haltung, weil Tiere und Pflanzen und die Natur an sich als Wert empfunden und verteidigt werden sollten. Eben

deswegen sei es eine tiefe Verpflichtung der Forschung, der Desinformation entgegenzutreten, die nur dem Zweck diene, den Menschen Angst zu machen. Nebenbei bemerkt: Es kann niemand im Ernst behaupten, führende Politiker der Grünen wie der Ex-Maoist Bütikofer, der Ex-Stalinist Trittin oder der Ex-Straßenkämpfer Fischer seien in die Politik gegangen, um die Natur zu retten. Sie haben vielmehr den Umweltschutz instrumentalisiert, um Karriere zu machen. Und die Umweltschutzbewegung verdankt ihre Entstehung, wie wir sehen werden, nicht etwa der Initiative besorgter Bürger, sondern Beschlüssen, die auf höherer Ebene gefaßt wurden.

Politik hat immer mit dem Erwerb und dem Erhalt von Macht und der Kontrolle der Bevölkerung zu tun. Dafür eignet sich nichts besser als Angstmache. Solange der Naturschutz nicht politisiert war und ohne Angstmache auskam, arbeitete er mit Vorschriften und Gesetzen, an die sich die Industrie zu halten hatte, die aber den wirtschaftlichen Fortschritt und das Funktionieren der Marktwirtschaft nicht beeinträchtigten. Bereits 1869 erließ der Norddeutsche Bund eine Genehmigungspflicht für Industrieanlagen, auch zum Schutz der Nachbargrundstücke. 1957 begann mit dem Wasserhaushaltsgesetz die Sanierung der damals stark verschmutzten Bäche und Flüsse. 1964 folgte die immer noch gültige „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“. Ebenfalls notwendig und vollkommen richtig war es, daß der Autoindustrie der Einbau von Katalysatoren vorgeschrieben wurde, daß der Einsatz von Chemikalien gesetzlich strikter geregelt wurde oder daß sich der Gesetzgeber um gesunde Lebensmittel kümmerte.

Um etwas völlig anderes handelte es sich hingegen, als die EU im März 2007 beschloß, bis 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Stand von 1990 um 20% zu senken und den Anteil an erneuerbaren Energien auf 20% zu steigern. Oder, wenn ein hochbürokratisches Handelssystem für Emissionszertifikate eingerichtet wurde, die zunächst größtenteils kostenlos verteilt wurden und später versteigert werden sollen. Oder beim Schlagwort Kyoto, „das keiner rationalen Begründung mehr bedarf“ (*Neue Zürcher* vom 28. Januar 2008). Das alles ist lupenreine Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild, weil es das Spiel von Angebot und Nachfrage aushebelt, starre Produktionsziele festsetzt, keine Rücksicht auf die Kosten nimmt,

damit Kapital vernichtet – und natürlich dem Ausbau der europäischen und nationalen Bürokratie und der Machterweiterung der politischen Kaste dient.

Der Bericht vom Eisenberg

Edgar Gärtner hat in seinem Buch die Ursprünge der westlichen Klimaplanwirtschaft recherchiert, erwähnt dabei auch diesbezügliche Verschwörungstheorien, führt sie aber nicht näher aus. Er hätte z.B. aus dem „Report from Iron Mountain“ zitieren können, der 1967 erschien. Zweck des mysteriösen Reports, dessen Urhebererschaft nach wie vor ungeklärt ist, war es, über einen Ersatz für den Kalten Krieg und für Kriege überhaupt nachzudenken, um die Bevölkerung weiterhin durch die Erzeugung von Angst kontrollieren zu können. Zitat aus der deutschen Ausgabe (Hrsg. Leonard C. Lewin, Verdammter Friede), die im Schlüsseljahr 1968 bei Scherz erschien:

„Nichts desto weniger würde ein wirksamer politischer Ersatz für den Krieg ‚stellvertretende Feinde‘ erfordern, von denen uns einige sehr weit hergeholt vorkommen mögen. Vielleicht kann die Gefahr totaler Verschmutzung der gesamten Umwelt eines Tages die der Massenvernichtung durch nukleare Waffen ersetzen, die heute als die am deutlichsten sichtbare Bedrohung für die Erhaltung des Lebens überhaupt gilt. Die Verseuchung der Luft und aller wichtigen Quellen der Nahrungs- und Wasserversorgung ist bereits weit fortgeschritten und scheint auf den ersten Blick vielversprechend zu sein; sie stellt eine Herausforderung dar, der allein durch gesellschaftliche Organisation und politische Machtausübung begegnet werden kann. Aber nach den gegenwärtigen Anzeichen zu urteilen, wird es noch eine bis anderthalb Generationen dauern, bis die Umweltverschmutzung eine ausreichende Gefährdung in globalem Maßstab darstellt und als ‚Ersatzprogramm‘ in Frage kommt... Es ist, nach unserem Dafürhalten, wahrscheinlicher, daß eine solche Bedrohung erfunden werden muß, als daß sie sich aus heute noch unbekanntem Bedingungen heraus entwickeln wird.“

Nicht zufällig beschäftigten sich damals auch die Rockefeller Foundation und einflußreiche Denkfabriken wie die amerikanische Rand Corporation mit der Frage, wie die Bevölkerung im Westen in Alarmstimmung gehalten werden könne,

sollte der Frieden ausbrechen. 1968 wurde der bereits erwähnte Club of Rome gegründet, im Dezember 1969 konstituierte sich ein Umweltausschuß der NATO, 1972 erschien die Studie über die „Grenzen des Wachstums“, und ebenfalls 1972 fand in Kopenhagen die erste große Umweltschutzkonferenz statt.

Ebenfalls in den 70er Jahren war es in Deutschland der Staatssekretär im Innenministerium, Dr. Günther Hartkopf, der als einer der ersten die enormen politischen Möglichkeiten einer Umweltbewegung erkannte. Er war Hauptakteur bei der Gründung des Umweltbundesamtes und wichtiger Ökoverbände und versorgte diese auch mit Steuergeldern. Bis heute zahlt die EU-Kommission in Brüssel Zuschüsse an solche scheinbar unabhängigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der später bei diversen Ausschreitungen mitwirkte, wurde mit Staatsknete aus der Taufe gehoben. In einer höchst aufschlußreichen Rede in Bad Kissingen 1986 schilderte Hartkopf, warum und wie ein umweltpolitischer „Kampfverband“ geschaffen werden mußte. Hartkopf: „Es waren wiederum Beamte, die den Plan vorwärts trieben, örtliche Bürgerinitiativen zu einem Dachverband zusammenzuschließen, und die die Gründungsverammlung und noch einiges finanzierten.“

Die Rolle der Sozialisten

Schon in einem frühen Stadium zeichnete sich eine Zweckallianz zwischen Kapitalisten und Sozialisten ab (wie ja auch die Aktivisten der Attac in Wirklichkeit keine Gegner der Globalisierung sind, sondern lediglich eine andere Art von Globalisierung anstreben). Frühzeitig auch gab es einen Zusammenhang zwischen der Kohlendioxid-Theorie und den Interessen der Atomwirtschaft. Dabei spielte Margaret Thatcher eine wichtige Rolle. Sie festigte ihre Macht, indem sie die der Gewerkschaften, vor allem die der Bergarbeiter brach. Sie setzte an die Stelle des traditionellen britischen Energieträgers Kohle auf die Kernkraft. Da kam ihr die Kohlendioxid-Theorie gerade recht. Denn man kann zwar (auch heute!) entweder gegen Kohlekraftwerke oder gegen Atomkraftwerke sein, aber vernünftigerweise nicht gegen beides. Thatcher war zusammen mit ihrem Mitstreiter Sir John Houghton aktiv an der Gründung des IPCC beteiligt. Das war derselbe Houghton, der die drei IPCC-Berichte von 1990, 1995 und 2001 mither-

ausgab und der 1994 schrieb: „Solange wir keine Katastrophe ankündigen, wird keiner zuhören.“ Den Klimawandel bezeichnete er einmal als „Strafe Gottes für unsere Sünden“. Interessant, wie in Deutschland im Juni 2008 die Antiatomstimmung schlagartig zu kippen begann und die Medien (siehe *Spiegel*-Titel vom 7. Juli 2008) plötzlich längere Laufzeiten für die Atomkraftwerke propagierten. Indem seriöse Atomkraftwerk-Gegner der CO₂-Hysterie aufsaßen, liefen sie in eine selbst-gestellte Falle.

Nachweisen läßt sich auch die Allianz zwischen Sozialisten und Klimapolitikern. 1988, als der IPCC gegründet wurde, beauftragte die UNO Harlem Brundtland, die Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationale, mit der Leitung einer Kommission, welche die erste große einschlägige UNO-Konferenz inhaltlich vorbereitete. Sie tagte 1992 in Rio de Janeiro und beschloß die Agenda 21 mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung („sustainable development“). Kurz nachher erklärte Frau Brundtland, das Programm der Sozialistischen Internationale sei die Grundlage für die Rio-Konferenz gewesen. Der Generalsekretär der Rio-Konferenz Maurice Strong – kanadischer Ölmagnat und nach eigenen Angaben Kommunist – verriet: „Diese Gruppe von Weltführern bildet eine Geheimgesellschaft, um einen wirtschaftlichen Kollaps herbeizuführen.“

Im Februar 1972 schrieb Sizzo Mansholt, niederländischer Sozialist und EWG-Wirtschaftskommissar, einen weithin beachteten Offenen Brief an den damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission. Darin forderte Mansholt „eine strenge Planwirtschaft, die jedermann das Existenzminimum sichern würde“, einen „Fünfjahresplan für die Entwicklung eines neuen sauberen Produktionssystems auf der Grundlage eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs“ und die „Einführung eines Systems von Produktionsbescheinigungen, das auf europäischer Ebene kontrolliert würde“. Mansholt war so ehrlich, hinzuzufügen, daß sich diese Ziele nur erreichen ließen „durch eine merkliche Senkung des materiellen Wohlstands des Einzelnen“. Wie man sieht, war Mansholt ein weitsichtiger Vor-denker des ökologischen Sozialismus und, wie der Autor Gärtner uns verrät, ein Bettgenosse der Petra Kelly.

Daß der Lebensstandard in Deutschland seit Jahren bröckelt und für größere Teile der Bevölkerung real, d.h. nach Abzug der Teuerung, sogar zurückgeht, hat selbstverständlich damit zu tun, daß mehr als die Hälfte der Einkommen vom Staat und seiner Sozialbürokratie kassiert wird, wozu auch der angebliche Klimaschutz als Rechtfertigung herhalten muß. Eine Abwägung von Kosten und Nutzen findet nicht statt. In den USA ist es ähnlich. Dort ist der Autoverkehr für nur 20% der CO₂-Emissionen verantwortlich; selbst wenn man die gesamte Maisernte des Landes zu Ethanol verarbeitet, sänke der amerikanische Ausstoß von „Treibhausgasen“ nicht einmal um ein Prozent (*NZZ* vom 31. Januar 2007). Dennoch wird Mais zu Ethanol verbrannt, obwohl sich die Experten nicht einmal darüber einig sind, ob Ethanol mehr Energie enthält, als seine Herstellung insgesamt verbraucht. Daß sich der Mais, ein Grundnahrungsmittel im Nachbarland Mexiko, dabei massiv verteuert, wird in Kauf genommen. Schließlich profitiert die amerikanische Agrarindustrie. Von Maßnahmen zum Klimaschutz profitiert immer irgend jemand.

Kosten und Profite

So auch in Deutschland. Hier wird der Stromkunde allein für die in den Jahren 2000 bis 2007 installierten Windräder mit zusätzlichen 14,2 Milliarden Euro belastet. Dies ergab eine Berechnung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Wenn der Wind nicht weht oder zu stark weht oder die Windräder in Reparatur sind, müssen Gaskraftwerke hochgefahren werden. Nur konventionelle Kraftwerke können die Regelenergie bereitstellen, die zum Ausgleich des schwankenden Windstromangebots benötigt wird. (Daher sind die Erdgasproduzenten und die Hersteller von Gasturbinen gegenüber der Windkraft sehr positiv eingestellt.) Bereits die heute in Deutschland installierte Windleistung (mit knapp sieben Prozent der Stromproduktion) gefährdet die Netzsicherheit – und tangiert sogar die Sicherheit von Atomkraftwerken. Das wird natürlich nicht an die große Glocke gehängt. In einem ganzseitigen Beitrag der *FAZ* vom 15. Juli 2008 war ganz unten die Meldung versteckt, an dem Transformatorbrand im Kernkraftwerk Krümmel im Jahr zuvor sei wahrscheinlich die Überlastung der Netze wegen einer 30stündigen Starkwindphase schuld gewesen.

Jetzt will Amerikas größte private Beteiligungsgesellschaft, die „Heuschrecke“ Blackstone, eine Milliarde Euro in einen Windpark nordöstlich von Helgoland investieren. Auch für den indischen Windradhersteller Suzlon ist Deutschland hochinteressant, er hat im Juni seinen Anteil an der Hamburger Repower AG auf 66% ausgebaut. (Für Indien, wo der Strom ohnehin ständig ausfällt, ist Windkraft tatsächlich eine attraktive Lösung.) Verständlich, denn das Kapital liebt nichts mehr als staatliche Subventionen und regulierte Preise wie in Deutschland – da ist die sichere Rendite von der Politik garantiert.

Noch mehr gilt das für die hierzulande völlig unrentable Solarenergie. Nach einer Berechnung des bereits zitierten RWI wird jeder Arbeitsplatz in der deutschen Photovoltaik mit 153 000 Euro p.a. subventioniert. Das ist rund doppelt soviel wie die Subventionen, die auf jeden Kumpel im deutschen Steinkohlebergbau entfallen. Allein die bisher aufgelaufenen Subventionsverpflichtungen für den deutschen Solarstrom belaufen sich auf 22 Milliarden Euro. Dabei ist der dadurch eingesparte konventionelle Strom bereits abgezogen. Daß solche Subventionen Arbeitsplätze schaffen, ist eine Milchmädchenrechnung. Denn gleichzeitig kostet die künstliche Verteuerung der Energie in anderen Branchen Arbeitsplätze, und nicht zuletzt der Einzelhandel leidet indirekt unter den Einspeisevergütungen, weil sie dem Stromkunden weniger Geld für Konsumausgaben übrig lassen. Am 18. Dezember 2007 schrieb Dr. Hans Penner, ein rühriger Experte und Gegner der Klimapolitik, an Angela Merkel: „Es ist der Eindruck entstanden, daß Sie die neomarxistischen Bestrebungen zur Desindustrialisierung Deutschlands unterstützen, was am besten durch die zwangswirtschaftliche Einführung unwirtschaftlicher Methoden zur Stromgewinnung zu erreichen ist.“

Stichwort Desindustrialisierung: Wenn Umweltminister Gabriel sich rühmt, Deutschland werde bis 2020 die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40% reduzieren und davon sei die Hälfte bereits geschafft, vergißt er hinzuzufügen, daß letzteres zum größten Teil dem Zusammenbruch der DDR-Industrie zu verdanken ist. Ändern wird sich an der Subventionswirtschaft kaum etwas, dafür ist die Lobby der Kapitalgeber, der Aktionäre und Nichtregierungsorganisationen zu stark. Die Bundesregierung hätte besser daran getan, einen

Bruchteil dieser Subventionen in die Erforschung rentabler Alternativen zum Öl zu investieren. Die horrenden Subventionen bilden im übrigen auch einen Anreiz für die Industrie, möglichst schnell möglichst viel Geld mitzunehmen. 2007 steckte die deutsche Solarindustrie nur lächerliche 3,1% des Umsatzes in Forschung und Entwicklung. Warum auch mehr, die Rechnung geht auf, solange Solarstrom das Acht- bis Neunfache der Marktpreise einbringt, die an der Europäischen Energiebörse in Leipzig für Strom ermittelt werden.

Was die Wahnidee der Politiker, das Klima machen zu können, die deutsche Volkswirtschaft und die Bürger insgesamt kostet, weiß niemand genau. Edgar Gärtner hat versucht, dies auszurechnen und hat dabei nicht nur die Zwangssubventionierung der „erneuerbaren“ Energien (ein seltsamer Begriff) berücksichtigt, sondern auch die Kosten des Betriebs von „Schattenkraftwerken“, die künftig zunehmenden Kosten für Emissionszertifikate, die Mehrkosten für den Autoverkehr usw. Gärtner schätzt die bis 2020 durch die Klimaschutzplanwirtschaft anfallenden Kosten auf 900 Milliarden Euro allein in Deutschland. Vielleicht ist das zu hoch gegriffen. Richtig ist jedenfalls, daß die von Berlin beschlossenen Maßnahmen überhaupt keinen Einfluß auf das Wetter und auf die globale Durchschnittstemperatur haben können.

Druck auf Dissidenten

Bleibt die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß in den Medien die sogenannten Klimaschutzpakete eigentlich nie grundsätzlich kritisiert werden und wenn ja, allenfalls dahingehend, daß wieder einmal nicht genug getan werde. Wie hinter den Kulissen Meinung gemacht und unterdrückt wird, wissen wir spätestens seit dem 5. September 2007. Damals haben sieben bekannte Wissenschaftler und Autoren in der *FAZ* ausgepackt und die Methoden enthüllt, mit denen Professor Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung arbeitet: „Rahmstorf ist seit Jahren unter Journalisten dafür bekannt, daß er über Chefredaktionen oder Herausgeber versucht, Druck auszuüben und ihm nicht genehme Berichterstattung zu unterbinden. Er führt, das hat er in der Wochenzeitung *Die Zeit* stolz zu Protokoll gegeben, eine ‚schwarze Liste‘ von Journalisten, die sich nicht seiner Meinung unterordnen... Wissenschaftler, die nicht seiner Meinung sind, müssen mit Angriffen auf ihre Person rechnen.“

Bisher mußte man nur politisch und historisch korrekt sein, neuerdings auch klimapolitisch. Wer als Wissenschaftler abweicht, riskiert seine Forschungsgelder und seine Karriere. Anderswo ist das noch schlimmer als in Deutschland. Margaret Beckett, bis 2006 britische Umweltministerin, verglich die Klimaskeptiker mit den Sympathisanten des islamischen Terrorismus: „Keiner von beiden“, sagte sie, „sollte Zugang zu den Medien haben.“ Al Gore, der notorische Propagandist, rief auf einem Kongreß in San Francisco dazu auf, „Abtrünnige zu unterdrücken“. Und der Umweltkorrespondent des britischen *Guardian* schrieb über die Klimaskeptiker: „Wir sollten Kriegsverbrecherprozesse für diese Bastarde haben – eine Art von Klima-Nürnberg.“ Warum auch nicht, handelt es sich doch bei der Bewältigung des Klimawandels um die „Feuertaufe für die im Entstehen begriffene Weltgesellschaft“, so Professor Rahmstorf. Daher weht der Wind also. Wir haben verstanden.

Unterdessen sind die Wissenschaftler in Rußland, wo in diesen Dingen mehr Forschungs- und Meinungsfreiheit herrscht als im Westen, längst dabei, die These von der anthropogenen Klimaerwärmung zu widerlegen. Wie *Novosti* am 25. Juni 2008 meldete, rechnet der Leiter des Labors für Weltraumforschung am Hauptobservatorium bei St. Petersburg damit, daß die Sonneneinstrahlung auf die Erde bereits abnimmt und bis 2041 einen zyklischen Tiefpunkt erreichen wird – und die globale Temperatur mit der üblichen Verzögerung ihren Tiefpunkt im Zeitraum 2055 bis 2060. Und Tim Patterson, Professor der Geologie in Ottawa, vertritt die Meinung, daß wir auf die nächste Eiszeit zusteuern, „egal, wie wir uns verhalten“.

Ob das nun so kommt oder nicht: Die Hunderte von Milliarden, die von der Regierung Merkel in die Fiktion gesteckt werden, das Klima von morgen beeinflussen zu können, sind in den Sand gesetzt. Politiker können weder die Konjunktur noch das Wetter noch das Weltklima machen. Was uns am Ende bleibt, ist mehr Sozialismus und weniger Freiheit.

Literatur:

Argus, Die Klimakatastrophe – was ist dran? Der Nairobi-Report über Klimawandel, Klimawahn und Klimaschwindel, 72 S., brosch., Jena 2007, €8,90. Hervorragende, sehr übersichtliche Zusammenfassung mit zahlreichen, auch langfristigen

Grafiken zu CO₂ und Temperatur. Ein Muß für Jeden, der mitreden will.

Edgar L. Gärtner, Öko-Nihilismus – Eine Kritik der Politischen Ökologie, 284 S., brosch., Jena 2007, €24,50. Der wohl profilierteste deutsche Klimaskeptiker beleuchtet die politischen und ideologischen Hintergründe und Zusammenhänge. Ein anspruchsvolles Buch mit einer enormen Fülle von Informationen und scharfsinnigen Beobachtungen.

S. Fred Singer (Hrsg.), Die Natur, nicht menschliche Aktivität, bestimmt das Klima, 98 S., 26 Abbildungen, davon 20 in Farbe, brosch., Jena 2008, €13,90. Ebenfalls eine Veröffentlichung des TvR-Medienverlags in Jena, der sich verdienstvollerweise schwerpunktmäßig mit der Klimahysterie auseinandersetzt. Singer ist emeritierter Professor für Umweltwissenschaft an der Universität von Virginia in den USA und liefert in diesem wohltuend knappen Buch eine Zusammenfassung des Berichtes der Internationalen Nichtregierungscommission zum Klimawandel, der zu ganz anderen Ergebnissen kommt als der von den Regierungen installierte IPCC. Wer die Broschüre von Argus gelesen hat, sollte sich zur Vertiefung auch die Publikation von Singer zulegen. Auch hier finden Sie solide Informationen, die Sie in den Massenmedien vergeblich suchen.

Josef H. Reichholf, Eine kurze Naturgeschichte des letzten Jahrtausends, 336 S., geb., S. Fischer Verlag, Frankfurt 2007, €19,90. Im Buch des Münchener Zoologen kann man nachlesen, daß es „Vorstöße wandernder Schmetterlinge über die Alpen“ schon im 19. Jahrhundert gegeben hat, daß es absurd ist, sie als Indizien für eine Klimaerwärmung heranzuziehen und daß die angebliche Zunahme wärmeliebender Vogelarten in Bayern schlicht und einfach erfunden ist. Besonders kritisch behandelt Reichholf die Vernichtung von Tropenwäldern. Vorzug des leicht lesbaren und ideologiefreien Bandes: Wer die Geschichte der Natur und des Klimas kennt, fällt auf politische Propaganda nicht mehr herein. Empfehlenswert.

Alle Bücher zum Originalpreis erhältlich über unser Büro in Bad Kissingen.

■ **Redaktionsschluß: 5. August 2008**

DeutschlandBrief

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bruno Bandulet.
Verlag und Redaktion: Bandulet Verlag GmbH, Kurhausstraße 12, D-97688 Bad Kissingen, Tel. 0971/ 68257, Fax 0971/69056.
Internet: www.bandulet.de, ePost: info@deutschlandbrief.net
Der DeutschlandBrief erscheint in der Regel monatlich. Jahresabonnement EUR 46 inkl. MWSt und Porto innerhalb Europas. Bezug gegen Vorauszahlung. Keine Haftung bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt. Copyright by: Dr. Bruno Bandulet. Titel, Inhalt und Layout sind urheberrechtlich geschützt. Druck: Walz Druck Center, Hammelburg.